



Die Ostzone muß zur Hölle für Schieber werden!

(Aufn. Jacobion*Sonnenfeld, Btrln)

Die englische Zeitung „Reynolds News“ vom 20. Juli 1947 veröffentlichte einen Bericht für die englische Regierung über eine Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der Westzonen Deutschlands, in dem es heißt:

„Westdeutschland ist ein einziger großer Schwarzer Markt geworden, während gesetzmäßiger Handel die Ausnahme bildet und lediglich Tarnungszwecken dient“

Andere Presseberichte beweisen, daß ganze Fabrikeinrichtungen verschoben werden, daß Kohlenzüge leer am Bestimmungsort ankommen, daß Riesenmengen Importweizen auf dem Schwarzen Markt versinken usw. Kanadisches Weizenmehl gibt es in großen Mengen auf dem Schwarzen Markt für 28 Mark das Pfund.

Im Westen kommt auch verhältnismäßig selten ein Richter in die Verlegenheit, über einen Großschieber zu Gericht zu sitzen; da werden nur die Kleinen gehängt. Wie ungeheuer groß die Schwarzhandelsmengen sein müssen, beweist eine Meldung des ADN (Allgemeinen Deutschen Nachrichtenbüros) vom 24. September 1947, nach der von der Polizei im ersten Halbjahr 1947 in Bayern als Bruchteil von Schwarzmarktwaren sichergestellt wurden: 357000 kg Zucker, 330000 Liter Spirituosen, 10000 Stück Großvieh, 158 000 kg Fleisch, 20 000 Zentner Kartoffeln, 118 000 kg Hülsenfrüchte. Nach einem Bericht der Prelskontrollsektion der Alliierten wurden in der Zeit vom Dezember 1946 bis März 1947 in der amerikanischen Zone 450000 Schweine geschlachtet.

Gegenüber dem Westen haben wir in der Ostzone den unbestreitbaren Vorteil, daß die vorhandenen Lebensmittel und Gebrauchsgüter nach strengen Gesetzen erfaßt und verteilt werden. Das heißt aber nun nicht, daß das Schieber- und Spekulantentum in der Ostzone schon vollkommen ausgerottet wäre. Um die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung zu verbessern, muß neben der Erhöhung der Produktion auch der Kampf gegen den Schwarzhandel in der Ostzone noch konsequenter und erbarmungsloser als bisher geführt werden.

Genosse Walter Ulbricht beschäftigte sich auf dem Zweiten Parteitag in seinem Referat über Wirtschaftsfragen auch ausführlich mit dem Kampf gegen Schieber und Spekulanten. Er sagte, daß die Rückwirkungen des Schwarzen Marktes auf die Stimmung unserer Betriebsarbeiter und Hausfrauen, die fleißig ihren Arbeiten und Pflichten nachgehen, die denkbar schlechtesten seien. Wir könnten nicht daran vorbeigehen, wenn die besten Menschen bei uns, ohne die unser wirtschaftliches Leben Stillstehen würde, solche berechtigten Klagen vorbringen. Und er sprach im Namen des ganzen Parteitages, als er den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben zurief: „Ihr sollt gegenüber den Schwarzhändlern nicht länger die Dummen sein!“ Die Partei ist sich klar darüber,

daß die Reaktion und die ihr zuzählenden Richter durch Förderung, Duldung und Schonung der Schieber unser ganzes demokratisches Aufbauwerk gefährden können.

Wie die Praxis jeden Tag beweist, ist die Ostzone noch lange nicht zur Hölle für Schieber und Spekulanten geworden. Wir bekommen Zuschriften aus den Ländern der Zone, in denen verzweifelte Klagen über die unglaublich milde Behandlung von Schiebern und Spekulanten erhoben werden. Die Zuschriften beweisen auch, daß die Frage des Kampfes gegen den Schwarzhandel gleichzeitig eine Frage der weiteren Säuberung der Justiz von bürokratischen, reaktionären und sabotierenden Richtern ist und daß der erfolgreiche Kampf dagegen nicht ohne aktives Eingreifen der breitesten Volksschichten und ihrer Organisationen möglich ist. Nehmen wir eines der neueren Beispiele, wie Schwarzhändler durch geradezu lächerliche Strafen ermutigt werden: Die Bahnpolizei in Greifswald stellte einen Schieber aus Berlin-Zehlendorf, der in seinen Koffern folgende Nahrungs- und Genußmittel nach Berlin verschieben wollte: 37,5 kg Butter, 10 kg Rindfleisch, 10 kg Kalbfleisch, eine Gans, 1 kg Speck, 2,5 kg Zucker und 4 Flaschen Alkohol. In Greifswald fand sich nun ein Richter, der diesen Schieber nicht etwa zu ein paar Jahren, produktiver Arbeit verurteilt hätte, sondern — man lese und staune! — zu 300 Mark Geldstrafe, die noch dazu durch die Untersuchungshaft als bezahlt galten. Außerdem ordnete der Richter an, daß dem Schieber das beschlagnahmte Gut zurückgegeben wird. Natürlich fällt der Richter seinen Spruch „im Namen des Volkes“. Es erhebt sich die Frage: Wer ist ein größerer Feind und Saboteur der neuen demokratischen Entwicklung — der Schieber oder dieser Richter? Eine ganz beachtliche Liste solcher und ähnlicher Beispiele ließe sich hier noch anführen. Damit würde aber lediglich wiederholt werden, was der Bevölkerung in der Ostzone schon bekannt ist.

Wir wissen, zur Überwindung des Schlebertums und des Schwarzmarktes gibt es nur einen sicheren Weg, nämlich die Steigerung der Produktion und damit die Steigerung des Angebots aller notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Wir dürfen aber das Tempo zur Produktionssteigerung unter keinen Umständen durch Schieber und alle, die sie fördern und unterstützen, aufhalten lassen. Dabei darf keine Rücksicht darauf genommen werden, welcher Partei etwa diese Volksfeinde angehören oder welche öffentliche Funktion sie bekleiden. Wenn die Ostzone noch keine Hölle für Schieber ist, dann sind auch wir alle mehr oder weniger mit daran schuld, weil wir zu sanft mit ihnen verfahren. Das Gerede, daß die Behörden im Kampf gegen den Schwarzmarkt versagten, hat zwar eine gewisse Berechtigung, stimmt aber nur zum Teil. Bei der Bekämpfung des Schwarzen Marktes kommt es auf die *Mitwirkung Jedes einzelnen*